

Pressemitteilung:

5. Juli 2021

Vierte Absolvent:innenbefragung des Bundesverbands rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.

Nach knapp zwei Jahren Arbeit freut sich der Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V., die Ergebnisse der vierten Absolvent:innenbefragung verkünden zu können und so erneut zum Diskurs über die Reform der juristischen Ausbildung beizutragen.

Seit 2014 führt der BRF die Absolvent:innenbefragung durch, an der in diesem Jahr 1608 Absolvent:innen teilgenommen haben. Dabei zeigt die zunehmende Zahl an Teilnehmenden das Bedürfnis der Studierenden in die Debatte um die Reform der juristischen Ausbildung miteingebunden zu werden. Ziel der Befragung war es auch diesmal einerseits Universitäten und Hochschulen auf Missstände aufmerksam zu machen, andererseits aber auch positive Entwicklungen der Ausbildung hervorzuheben.

Dabei bestätigen die Ergebnisse der Befragung die bisherigen Positionierungen des BRF. So wünschen sich 83% der Befragten einen integrierten Abschluss, mehr als $\frac{3}{4}$ der Absolvent:innen (\cong 76%) sprechen sich für den Erhalt des Schwerpunktstudiums aus. Auch der Wunsch nach bundesweiter Harmonisierung, eine der Kernforderungen des Verbands, wird aus den Ergebnissen deutlich. Zudem besteht mit Blick auf den psychischen Druck im Jurastudium weiterhin dringender Verbesserungsbedarf. Mehr als 56% der Befragten haben ihren psychischen Druck auf einer Skala von 1 bis 10 mit dem höchstmöglichen Wert angegeben. Mehr als 95% der Absolvent:innen sahen sich immerhin im oberen Drittel der Skala. Diese Zahlen sind höchst alarmierend und bestätigen unsere Erfahrungen und Erkenntnisse der vergangenen Jahre. Als Vertretung der Studierenden mahnen wir die Politik, den dringenden Handlungsbedarf nicht weiter in Abrede zu stellen, sondern mit studierendenfreundlichen Lösungen zur Debatte beizutragen.

Kira Kock, Vorsitzende des Verbands, mahnt diesbezüglich an: *„Wieder einmal zeigt die Absolvent:innenbefragung, dass die juristische Ausbildung reformbedürftig ist. In Zeiten von Jurist:innenmangel ist es unabdingbar, zukunftsorientierte Reformen zu etablieren, die die Meinung der Studierenden miteinbinden. Wir dürfen nicht länger wegschauen und Probleme wie den psychischen Druck missachten. Das geht auf Dauer zu Lasten der Studierenden.“* Sie hofft, dass das eindeutige Ergebnis der Befragung den Diskurs zur Reform der juristischen Ausbildung weiter anregt und daraus lösungsorientierte Anregungen zur Verbesserung des Studiums resultieren werden.

Antonia Baumeister, stellv. Vorsitzende und Vorständin für Öffentlichkeitsarbeit: *„Die Absolvent:innenbefragung bestätigt unsere Forderungen und Erfahrungen der letzten Jahre. Besonders die Forderung nach einem integrierten Bachelor of Laws (LL.B.) und die Einführung konkurrenzfähiger universitärer Repetitorien sind Entwicklungen, die längst überfällig sind und in den kommenden Jahren endlich umgesetzt werden müssen.“*

Weitere Informationen zur Absolvent:innenbefragung sowie den vollständigen Abschlussbericht des Arbeitskreises finden Sie unter <https://bundesfachschaft.de/akk/umfragen/>

Ansprechperson

Antonia Baumeister

Vorständin für Öffentlichkeitsarbeit
vize@bundesfachschaft.de
+49 173 230 7473